

Aus Kreistag und Hauptausschuss

Angesichts der Ereignisse in der Ukraine sind die Vorkommnisse im Kreistag am 9. Februar und im Hauptausschuss am 23. Februar natürlich in den Hintergrund getreten. Dennoch lohnt es, rückblickend ein Auge zu werfen auf einige Tagesordnungspunkte, mit denen die Kreistagsabgeordneten sich zu befassen hatten. So war es auch reiner Zufall, dass der Kreispräsident über die bedauerliche Auflösung des Vereins Selenogradsk berichten musste. Seit der russischen Invasion dürfte die Partnerschaft mit dem russischen Rayon Selenogradsk ohnehin beendet sein. Das Restvermögen von 22.000 Euro solle gemeinnützigen Organisationen zugeführt werden. Der TOP wurde allerdings vertagt, da der Vorgang noch einer rechtlichen Überprüfung bedarf.

Interessant war der Umgang des Kreistages mit den Regelungen des Gleichstellungsgesetzes, wonach Positionen in Aufsichtsräten oder ähnlichen Funktionen paritätisch von Männern und Frauen besetzt sein müssten. Bei der Bestellung eines Aufsichtsratsmitglieds für die Regiokliniken auf Vorschlag der SPD-Fraktion wäre eine Frau zwingend erforderlich gewesen, da die CDU mit Dipl.-Finw. Henning Schreger bereits am 8. Dezember ihren Kandidaten benannt hatte. Von der SPD vorgeschlagen wurde Dr. med. Thomas Fronzek, was insofern ungewöhnlich ist, da gerade die SPD üblicherweise auf Einhaltung der Parität besteht. Erstaunlich auch, dass die Gleichstellungsbeauftragte wegen „dieser besonderen Situation“ mit der nicht paritätischen Besetzung einverstanden war. Nicht auszudenken, wie die Reaktion gewesen wäre, wenn die CDU gegen diese verbindlichen Regeln verstoßen hätte.

Hoch her ging es bei der Beratung eines Antrags von SPD und Grünen zur stationären Krankenhausversorgung als Modellprojekt. Andreas Stief beantragte für die CDU-Fraktion den Verweis des Antrags in die Fachausschüsse, da der Begriff „Modellprojekt“ und der Prozess der Abwicklung eines Modellprojektes noch näher beleuchtet werden müsse. Die CDU erwarte keinen allgemein formulierten, sondern einen vom Fachausschuss vorbereiteten detaillierten Beschlussvorschlag. Hannes Birke (SPD) und Nadine Mai (Grüne) drückten gewaltig auf die Tube, aber die Landrätin machte deutlich, dass keine Eilbedürftigkeit gegeben sei.

Somit wurde der Antrag mit deutlicher Mehrheit verwiesen. Der Hauptausschuss als Fachausschuss für die Beteiligungsgesellschaften des Kreises befasste sich 2 Wochen später mit dem Antrag, der aus 5 Punkten bestand.

Zwei davon (1 und 3) gaben lediglich die Auffassungen der Antragsteller wieder. Ihnen wurde zugestimmt. Ein weiterer ideologisch gefärbter Punkt 2 wurde abgelehnt. Der Punkt 4, bei dem es um „bedarfsgerechte, dezentrale und flächendeckende Versorgungsstrukturen“ geht, wurde zur Präzisierung in den Fachausschuss für Gesundheit verwiesen. Einstimmig beschlossen wurden Gespräche mit dem Land, um die Vorstellungen des Kreises zu erläutern. Außerdem solle die Verwaltung mit den Regiokliniken gemeinsam ein Grobkonzept für eine sektorenübergreifende Versorgung entwickeln.

Jeweils gegen die Stimmen der AfD wurde im Rahmen der Sozialplanung eine Handlungsempfehlung zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie ein Finanzierungskonzept für Kurzzeitwohnplätze für Menschen mit Behinderungen beschlossen.

Gegen die Stimmen der Grünen fasste der Kreistag einen Grundsatzbeschluss zur Errichtung und zum Betrieb eines Gründungs- und Technologiezentrums im Kreis Pinneberg. Dieses Projekt solle mit bis zu 5 Mio. Euro gefördert werden. Bei diesem Punkt kam es im Laufe der Diskussion zu heftigen persönlichen Angriffen, auf die Kreispräsident Helmuth Ahrens mit bemerkenswerten Worten reagierte: Er erwarte von den Abgeordneten, die Rückkehr zu einer sachlicheren Wortwahl. Er würde nur ungern von den Möglichkeiten Gebrauch machen, die die Geschäftsordnung biete. Er sei aber mit seiner Geduld am Ende.

Leider setzte sich solch ungebührliches Verhalten zwei Wochen später auch im Hauptausschuss fort. Diesmal war die Vorsitzende Heike Beukelmann Ziel unflätiger Äußerungen des ehemaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Hannes Birke.

Sie ließ sich aber nicht beirren, und kritisierte deutlich dessen Zitieren aus einer nichtöffentlichen Sitzung trotz wiederholter Ermahnungen und der Einschätzung der Landrätin, dass „sein Verhalten zumindest bedenklich“ sei.

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

Man hätte damit rechnen müssen, und dennoch haben alle die Gefahr verdrängt. Noch in der letzten Hauptausschusssitzung war es kein Thema: Russland greift die Ukraine von mehreren Seiten an, und auch zivile Ziele sind mehr und mehr betroffen. Bilder zeigen heftige Explosionen in ukrainischen Städten, aus der Hauptstadt Kiew wurden schwere Explosionen gemeldet. Putin greift das zweitgrößte Land Europas an. Damit führt er Krieg gegen die Demokratie und die Freiheit. Die meisten fühlen mit den Menschen in der Ukraine und bangen um die Leben der in die Kampfhandlungen verwickelten Soldaten und Zivilisten, während andere jegliche Empathie vermissen lassen. Putin-Versteher wie Ex-Präsident Trump, Ex-Kanzler Schröder, aber auch die Linken, allen voran Sarah Wagenknecht können oder wollen nicht verstehen, wie fragil der Weltfrieden in den letzten Tagen geworden ist und wie sehr wir in Deutschland selber gefährdet und betroffen sind. Es ist klar: Die freie Welt muss ihre Werte verteidigen, und der Ukraine muss unsere ganze Solidarität gelten. Deshalb müssen wir uns auch auf neue Flüchtlingsströme einstellen.

Für mich unverständlich bleibt, wie vor dem Hintergrund der zu erwartenden Kosten die SPD im Kreis agiert. Einerseits will man die Kreisumlage angeblich um 2 % senken, andererseits befindet die SPD sich in einem Überbietungswettbewerb mit den Grünen: 10 Mio. Euro wollte man einst für das Gründer- und Technologiezentrum ausgeben, 10 Mio. nun für den Kitabau. Immer neue Forderungen kommen aus dem Sozial- und dem Jugendhilfebereich. Man weiß auch nicht mehr, mit wem man verhandeln soll. Die SPD hat zwar einen neuen Fraktionsvorsitzenden, aber H. Birke führt nach wie vor das große Wort, und Regeln scheinen für ihn nicht mehr zu gelten. Die Grünen haben in Thomas Giese zwar immer noch einen Vorsitzenden, auf den man sich bisher verlassen konnte. Die Tatsache, dass Nadine Mai sich aber im Landtagswahlkampf befindet, führt dazu, dass sie gemeinsam mit ihren weiblichen Mitstreiterinnen mehr und mehr den Ton angibt. Das alles wird die Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2023/24 nicht einfacher machen.

Herzlichst. Ihre

Heike Beukelmann, Fraktionsvorsitzende

Pressemitteilung

Corona - schmerzhaftes Zäsur für Jugendliche

CDU-Fraktion fordert Budget für die Durchführung jugendtherapeutischer Maßnahmen

„Kinder und Jugendliche sind von der 4. Corona-Welle stark betroffen. Viele von ihnen haben die Pandemie als Zäsur in ihrer Entwicklung erlebt“, stellt die Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion Heike Beukelmann fest. Die Mitglieder ihrer Fraktion sind sich einig: „Der Kreis Pinneberg muss hier seinen Beitrag leisten, um die Folgen der Pandemie bei Kindern und Jugendlichen bestmöglich abzufedern“, erklärt Ortwin Schmidt, jugendpolitischer Sprecher der CDU. Darum habe diese im Jugendhilfeausschuss für das Jahr 2022 ein Budget für die Durchführung jugendtherapeutischer Maßnahmen in Höhe von 200.000 Euro und eine Summe von 25.000 Euro zur Beschaffung von Hygieneartikeln, wie Schnelltests, Desinfektionsmitteln und Masken für Träger der Jugendhilfemaßnahmen beantragt. Die Träger der Jugendhilfemaßnahmen im Kreis Pinneberg hätten einen besonders hohen Aufwand, um ihre wichtige Arbeit erfolgreich durchführen zu können.

Für Schmidt ist auch der alltägliche Austausch junger Menschen mit Gleichaltrigen äußerst wichtig für eine gesunde Entwicklung. Die Zeit der Kontaktbeschränkungen hätten die meisten als psychisch sehr belastend empfunden, und die Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit seien in diesen Krisenzeiten wegen der für Kinder und Jugendliche folgenreichen Einschränkungen von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Für 2021 sei bereits eine finanzielle Unterstützung für die Kinder- und Jugendarbeit und deren Ferienprogramme genehmigt worden. Auch im Jahr 2022 fallen Corona bedingte Mehraufwendungen für Kinder- und Jugendfahrten an. Darum wolle der Jugendhilfeausschuss am Donnerstag beschließen, Vereinen und Verbänden die Mehraufwendungen in der Kinder- und Jugendarbeit durch die Corona-Pandemie für Veranstaltungen und Freizeiten zu erstatten.

Das allein sei für die CDU-Fraktion aber nicht ausreichend. Fehlender Präsenzunterricht, der Ausfall von Sportangeboten, Isolation und familiäre Konflikte hätten junge Menschen oft hart getroffen, erklärt Heike Beukelmann. Deshalb seien die Hilfen und Therapiemaßnahmen im Bereich der Jugendhilfe dringend geboten.

Splitter aus den aktuellen Sitzungen

Kreispräsident Ahrens zur Besetzung des Aufsichtsrats der Regiokliniken: „Der Fraktionsvorsitzende der SPD hat mir mitgeteilt, dass die SPD trotz größter Bemühungen keine geeignete Frau gefunden hat“.

Elke Schreiber (SPD – 1. Stellv. Kreispräsidentin): „Wir haben uns intensiv bemüht und keine Frau gefunden“.

Verena Mohnke (SPD – 2. stellv. Landrätin): Die CDU hätte sich ja auch um eine Frau bemühen können“. Dumm nur, dass die CDU ihren Kandidaten bereits im Dezember benannt hatte.

Bernhard Noack (AfD) zum TOP 10 (Gründungs- und Technologiezentrum): „Wir werden dem Antrag der CDU zustimmen“. Dumm nur, dass die CDU gar keinen Antrag gestellt hat. Vielleicht ist der Eindruck ja entstanden, weil Torsten Hauwetter (CDU) der einzige war, der die Beschlussvorlage aus dem WRV vernünftig erklären konnte.

Jens Clausen (Grüne): „Vielleicht sollte Herr Birke mal Jüngere reden lassen“.

Susanne von Soden-Stahl: „Wir haben eine CDU-Landesregierung“. Möglicherweise hat sie vergessen, dass zu Jamaika auch die Grünen gehören.

Hannes Birke: „Herr Kreispräsident, ich verspreche, ich halte mich an Ihre mahnenden Worte“ (hat nicht lange vorgehalten).

Heftige Diskussionen zum TOP 10.1 (Ergänzungsantrag der Linken zum Gründungs- und Technologiezentrum). Die Grünen unterstützen die Linke bei der Forderung nach nachhaltigem Wirtschaften der sich bewerbenden Firmen. Birke will solche Restriktionen den Firmen nicht aufbürden: „Wenn eine Firma eine Maschine aufstellen will, muss die dann klimaneutral produziert worden sein?“

Burghardt Schalhorn zum selben Antrag: „Entschuldigen Sie meine Aggressivität, aber so einen Unsinn kann ich nicht ab. Das ist Planwirtschaft der DDR“.

Der Beschlussvorschlag des Ausschusses für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr wird mit überwältigender Mehrheit gegen die 11 Stimmen der Grünen und Enthaltung der 2 Linken angenommen. Den Ergänzungsantrag der Linken will Birke in den WRV verweisen. Sein Genosse Helmut Jahnke und Michael Kissig (CDU) machen ihn darauf aufmerksam, dass er während des Abstimmungsverfahrens keine Anträge mehr stellen könne. Birke: „Ich stimme zwar weder Herrn Jahnke noch Herrn Kissig zu, aber ich füge mich, wenn der Kreispräsident nicht über meinen

Verweisungsantrag abstimmen lassen will“. So geschehen, der Antrag der Grünen kommt nicht in den WRV, denn er wurde mit deutlicher Mehrheit (auch von Birke) gegen die Stimmen von Grünen und Linken abgelehnt.

Michael Kissig fällt bei Hannes Birke der Börsenaltmeister André Kostolany ein: „Die größte Spekulation der Welt wäre es, einen Politiker zu dem Wert einzukaufen, den er hat, und ihn zu dem Wert zu verkaufen, den der sich selbst einräumt“.

Kerstin Seyfert (CDU) hat einen neuen Freund! Sie bringt die Beschlussempfehlung des SKS zum interkommunalen Antragsverfahren für Schülerfahrkarten ein. Michael Titze (fraktionslos, aber immer noch AfD-Mitglied): „Ich unterstütze Frau Seyferts Antrag“. Gesagt, getan, sogar gegen die Stimmen der AfD.

Der Kreispräsident zum Bericht der Gleichstellungsbeauftragten, die an diesem Tag Geburtstag hatte: „Ich bitte Sie, nicht so lange zu sprechen, damit Ihre Kinder nicht zu lange allein bleiben müssen“.

Burghardt Schalhorn (fraktionslos) kritisiert an dem Bericht, dass es keine Schulungen für Männer gebe. Außerdem habe er gehört, dass es die Gleichstellungsbeauftragte gewesen sei, die die „Gendergeschichte“ eingeführt habe.

Nicht wenige Kreistagsabgeordnete fragen sich, wer denn nun eigentlich Fraktionsvorsitzender der SPD sei. Im Hauptausschuss stellt Hannes Birke - für die SPD - mehrere Anträge zur Tagesordnung. Hans-Peter Stahl schweigt.

Heftige Diskussion über die stationäre Krankenhausversorgung im Kreis Pinneberg. Hans-Peter Stahl (Fraktionsvors. der SPD und gleichzeitig Vorsitzender des Gesundheitsausschusses) hat das Wort. Hannes Birke (SPD) redet zweimal dazwischen und wird vom Kreispräsidenten ermahnt. Birke: „Ich will nur zwei Anmerkungen machen. Der Kollege Stahl kann hinterher gern auch etwas dazu sagen“.

Andreas Stief moniert, dass Birke wortwörtlich aus nichtöffentlicher Sitzung zitiere und fordert die Landrätin auf, zu prüfen, wie dies zu sanktionieren sei. Birke zitiert weiter, obwohl die Landrätin auf Nachfrage die Auffassung vertritt, dass seine Äußerungen „bedenklich“ seien. Die Vorsitzende des Hauptausschusses Heike Beukelmann weist ihn deshalb darauf hin, dass seine Ausführungen möglicherweise rechtswidrig seien. Birke: „Das können Sie halten wie ein Dachdecker“.

H. Beukelmann weist die Bemerkung zurück mit dem Hinweis darauf, dass sich die Berufsgruppe der Dachdecker beleidigt fühlen könnte.

CDU-Kreistagsabgeordnete im Landtagswahlkampf

Nachdem der SPD-Landtagsabgeordnete Thomas Hölck verlautbaren ließ, dass für die SPD das dritte Gleis zwischen Pinneberg und Elmshorn höchste Priorität habe, warnen die CDU-Landtagskandidaten Birte Glißmann und Martin Balasus sowie der Tornescher CDU-Vorsitzende Daniel Kölbl davor, in den Forderungen zur Bahninfrastruktur wieder einen Schritt zurück zu gehen. Das Land arbeite bereits an den Planungen für ein drittes und viertes Gleis, erläutert Glißmann: „Ohne das vierte Gleis wäre eine S-Bahnbindung bis nach Elmshorn, die sogenannte S4 West, nicht möglich“, aber diese sei dringend erforderlich, um die Schienenanbindung in der Region spürbar zu ertüchtigen.

Der CDU-Landtagskandidat Martin Balasus berichtet, dass er sich erst kürzlich mit Gisela Hüllmann von der Bürgerinitiative ‚Starke Schiene im Kreis Pinneberg‘ getroffen habe. Auch diese fordere das dritte und vierte Gleis: „Wir dürfen die Arbeit der Bürgerinitiative nicht dadurch behindern, dass wir hinter die Forderungen der Bürgerinitiative zurückfallen“. Die SPD solle sich besser am aktuellen und nicht am gestrigen Stand der Planungen orientieren.

Daniel Kölbl merkt an, dass für Tornesch sowohl das dritte als auch das vierte Gleis von großer Bedeutung sei, damit sich Taktung, Zuverlässigkeit und Kapazität der Züge verbessere. „Halbe Sachen – wie sie von der SPD mit nur einem zusätzlichen Gleis gefordert werden – bringen uns nicht weiter“, so Kölbl.

Birte Glißmann traf sich außerdem mit dem Geschäftsführer des Bürgerwindparks Raa-Besenbek, Hans-Hermann Magens zu einem Austausch. Dieser berichtete über den teilweise sehr steinigen Weg zur Errichtung und zum Repowering der Windkraftanlagen.

Der Kreis Pinneberg verfügt aktuell über 14 Windkraftanlagen, acht befinden sich in



Birte Glißmann

Raa-Besenbek. Der Windpark besteht dort aus zwei Teilen zu jeweils vier Anlagen. Die Bürgerbeteiligung stand für den Initiator und Geschäftsführer Magens zu jeder Zeit an vorderster Stelle. Daraus resultiert auch der große Rückhalt unter den Bürgerinnen und Bürgern. So konnte die Anzahl an Beteiligungen von den ersten vier Anlagen zu den vier weiteren Anlagen mehr als verdoppelt werden.

Die nunmehr repowerten Windkraftanlagen werden voraussichtlich nach einem Probelauf noch vor Ostern ans Netz gehen.

Magens gab Glißmann den Wunsch nach politischer Kontinuität in Bezug auf den Umgang mit Windenergie auf den Weg. Gerade der Umgang mit beteiligten Bundesbehörden sei immer wieder eine Herausforderung für den Bürgerwindpark.

„Der Bürgerwindpark in Raa-Besenbek ist das beste Beispiel für eine erfolgreiche Energiewende und kann Vorbild für viele weitere Anlagen sein. Ich werde mich dafür einsetzen, dass das Land Hilfestellungen für die Gründung von Bürgerwindparks anbietet“ so Glißmann.

Weiterhin war Birte Glißmann bei der Bahnhofsmision Elmshorn zu Besuch. Diese ist eine wichtige Anlaufstelle für Menschen aus allen sozialen Schichten, die Hilfe benötigen. Neben Auskünften finden die Menschen dort ein offenes Ohr für ihre persönlichen Lebenslagen, unterschiedlichste Hilfsangebote und Weitervermittlungen an andere Fachberatungen oder Einrichtungen. Auch das Winternotprogramm für Wohnungslose wird in Elmshorn durch die Bahnhofsmision betreut.

Es sei sehr wichtig, dass die Sozialarbeit und die Arbeit von Bahnhofsmisionen stärker in den gesellschaftlichen Fokus gerückt werden, erklärte die junge CDU-Landtagskandidatin. Vor allem durch die Corona-Pandemie hätten sich die sozialen Probleme vieler Menschen verstärkt. So wolle sie sich beispielsweise für einen Ausbau und eine Vereinfachung der Wohnvermittlung für Wohnungslose einsetzen.

Der CDU-Landtagskandidat Martin Balasus besuchte die Berufliche Schule Pinneberg – und war stark beeindruckt. Bildung und Ausbildung sei eines seiner Spezialgebiete – schließlich arbeite er als Mitglied des Kreistages und des Schul-, Kultur- und Sportausschusses aktiv an den Rahmenbedingungen für die Bildung mit. Insofern besuchte Balasus jetzt als „alter Bekannter“ die Berufliche Schule in Pinneberg und ließ sich von deren Schulleiter Ulrich Krause auf den aktuellen Stand bringen.

Hier werden rund 3.700 junge Leute für ihre Berufe fit gemacht und als Fachkräfte von morgen ausgebildet. Der Fachkräftemangel

ist im Kreis Pinneberg hautnah zu spüren. Wegen des demografischen Wandels und der zunehmenden Studierquote könnten immer mehr Arbeitsplätze im Kreis Pinneberg nicht besetzt werden, erklärte Krause. Martin Balasus stellt heraus: „Das Abitur und Studium ist nicht für jeden der Stein der Weisen. Fachkräfte für Handwerk und Industrie sowie die unterschiedlichsten kaufmännischen Berufe haben eine goldene Zukunft vor sich. Das gilt umso mehr, wenn sie nach dem erstklassigen dualen Ausbildungskonzept ihre Kompetenzen erwerben.“



Natürlich stehe die Berufliche Schule des Kreises Pinneberg vor einigen Herausforderungen. Sie brauche mehr Geld für Personal, auch um die Corona-Folgen aufzufangen, so Schulleiter Krause. Wegen der Heterogenität der jungen Menschen seien Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter zwingend erforderlich – nur zwei Sozialarbeiter und eine Schulpsychologin mit 17 Stunden seien für seine Schülerschaft und deren Problemlagen sehr wenig.

Mit Freude hörte der Kandidat, dass wieder mehr Jugendliche Ausbildungen zum Maurer oder Zimmermann machen. Ebenso positiv sieht er den Anstieg der Schülerzahlen bei den Erzieherinnen und Erziehern. „Sie werden dringend gebraucht. Wir müssen unbedingt dafür sorgen, dass die knappe Zahl der Lehrkräfte erhöht wird.“

Mehr noch: Die PiA-Klasse sei ein Erfolgsmodell im Kreis Pinneberg: Diese praxisintegrierte Ausbildung sei besonders beliebt, da auch die in diesem Modell gezahlte Ausbildungsvergütung für die angehenden Erzieherinnen und Erzieher attraktiv seien. Balasus möchte im Land den PiA-Ausbau vorantreiben und liegt damit auf der Wellenlänge des Schulleiters Krause, der sich eine 2. PiA-Klasse an seiner Schule wünscht.

Martin Balasus: „Für die Landespolitik gilt es, die Vernetzung von allgemeinbildenden Schulen und beruflicher Bildung zu fördern.“ Das gerade in Schleswig-Holstein eingeführte Unterrichtsfach „Berufsorientierung“ sei ein wichtiger Schritt.

Herzlichen Glückwunsch

Vier Mitglieder der CDU-Kreistagsfraktion feierten im Februar ihren Geburtstag. Der NewsLetter wünscht Glück, Gesundheit, Zufriedenheit und Frieden.



Kole Gjoka



Andreas Stief



Manfred Kannenbäumer



Erhard Wasmann

Nachruf

Die CDU im Kreis Pinneberg trauert um ihr verdientes Mitglied

Volker Hühn,

der seit 1993 der Christlich Demokratischen Union angehörte.

Von 1994 bis 2010 war er Mitglied im CDU-Ortsvorstand Uetersen. Von 1994 bis 2013 gehörte er der Uetersener CDU-Fraktion an. Von 1995 bis 2008 war er Mitglied der Ratsversammlung der Stadt Uetersen, Vorsitzender des Hauptausschusses und stellvertretender Bürgervorsteher.

Von 1998 bis 2008 war er Mitglied des Pinneberger Kreistages. Dort setzte er u.a. seine Kraft und Kompetenz zunächst im Ausschuss für Planung, Wirtschaft, Verkehr und Bauangelegenheiten ein. Ab 2003 engagierte er sich im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren, der damals noch Ausschuss für Familie, Soziales und Gleichstellung hieß, ab 2004 als stellvertretender Vorsitzender.

Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen. Die CDU-Fraktion wird Volker Hühns Andenken stets in Ehren halten.

Herzlich Willkommen

Nach der Auflösung ihrer bisherigen Fraktion „Bürgerliche Mitte“ hat die Kreistagsabgeordnete Alexandra Waßong um Aufnahme in die CDU-Fraktion gebeten. Am 2. Februar hat diese dem Ersuchen einstimmig stattgegeben. Damit konnte die entsprechende Umbesetzung im Kreistag vorgenommen werden, so dass sie neben ihrem Mandat als Abgeordnete jetzt auch der Teilfraktion Jugendhilfe angehört.



Die CDU erhofft sich von Alexandra Waßong eine nachhaltige Verstärkung und wünscht ihr viel Erfolg. Der nächste NewsLetter wird sie unseren Leserinnen und Lesern näher vorstellen.

TERMINE:

Donnerstag, 03.03.2022, 18.00 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren

Freitag, 04.03.2022, 15.00 Uhr:
Mitgliederversammlung des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages

Mittwoch, 09.03.2022, 16.30 Uhr:
Sitzung des Hauptausschusses

Mittwoch, 09.03.2022, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion

Montag, 14.03.2022, 19.00 Uhr:
Sitzung des CDU-Fraktionsvorstandes

Donnerstag, 17.03.2022, 18.00 Uhr:
Sitzung des Jugendhilfe-Ausschusses

Montag, 21.03.2022, 19.00 Uhr:
Sitzung des CDU-Fraktionsvorstandes

Dienstag, 22.03.2022, 18.30 Uhr:
Sitzung des Finanzausschusses

Mittwoch, 23.03.2022, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion

Donnerstag, 28.03.2022, 18.00 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren

Montag, 28.03.2022, 19.00 Uhr:
Sitzung des CDU-Fraktionsvorstandes

Dienstag, 29.03.2022, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr

Donnerstag, 31.03.2022, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung

Alle Sitzungen werden bis auf weiteres als Lifesize-Videokonferenzen durchgeführt.

Sollte es zu Änderungen kommen, werden wir dies im nächsten NewsLetter mitteilen.

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Vorstand der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag

Redaktion/Produktion: Burkhard E. Tiemann

Fotos: CDU, B. E. Tiemann

Redaktionsadresse:

CDU-Kreisgeschäftsstelle

Rübekamp 72 | 25421 Pinneberg

Tel.: 04101 / 22927 | Fax: 04101 / 591761

Email: b-e-t@gmx.de

www.cdu-kreistag-pinneberg.de